

Editorial

Die teilweise umgebildete Regierung der Tschechischen Republik, die sich Anfang Juni im Parlament mit einer Mehrheit von nur einer Stimme behauptete, legte den Unternehmen und Bürgern des Landes ein Maßnahmenpaket zur Beendigung der ineffektiven Entwicklung der Wirtschaft vor. Dieses Maßnahmenpaket enthält eine Reihe von Einschränkungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die eine Reduzierung der Staatsausgaben bewirken sollen. Obwohl die Maßnahmen von Bürgern wie Unternehmen als ein erster Schritt zur Sanierung der tschechischen Wirtschaft angesehen werden, wurden sie doch mit gemischten, eher negativen Gefühlen aufgenommen.

Im Interesse der Verbesserung des wirtschaftlichen Wachstums ist jedoch wesentlich mehr notwendig als uns das bisherige Maßnahmenpaket „besichert“. Es fehlen Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums, die nicht nur auf makroökonomische Kennziffern sondern auch auf die Unternehmensphäre abzielen. Die Vermehrung des tatsächlichen materiellen Reichtums eines Landes spielt sich doch nur in der Unternehmensphäre ab. Gerade dieses Wachstum materieller Güter ist die Grundlage für die Stabilisierung der Währung, für die Verbesserung der Exportfähigkeit eines Landes und somit auch für eine Verzögerung oder sogar eine Beendigung der negativen Entwicklung der Außenhandelsbilanz. Dieses Wachstum wäre zweifellos auch eine Quelle für weitere progressive Tendenzen im Wachstum der Wirtschaft der Tschechischen Republik. Dies war immer, es ist und wird die Aufgabe der Politik sein, die Rahmenbedingungen für gesunde, wirtschaftlich starke Aktivitäten der Unternehmen zu schaffen.

In der Gegenwart leidet die tschechische Wirtschaft jedoch an vielen Gebrechen: Dazu gehören in einigen Fällen die nicht abgeschlossene Privatisierung, die einen zur Ausübung von Eigentumsrechten entschlossenen Eigentümer vermissen läßt, die umfangreiche Verschuldung durch Privatisierungskredite und die daraus resultierende Abnahme der Investitionsfähigkeit, die niedrige Arbeitsproduktivität, die relative Überbeschäftigung und viele andere Probleme. Die Sparmaßnahmen der Regierung, die von ungewöhnlich hohen Zinssätzen begleitet sind, werden den Unternehmen die Beschaffung von Fremdkapital, welches für die Restrukturierung unerlässlich ist, weiter erschweren. Kurz gesagt, neben den Sparmaßnahmen erwarten unsere Unternehmen von der Regierung nun Maßnahmen, die für die Unternehmensphäre ein Klima schaffen, in dem gesunde und lebensfähige Unternehmen wachsen und damit die makroökonomischen Kennziffern des prosperierenden Staates verbessern können.

Im Lichte der oben beschriebenen makroökonomischen Schwierigkeiten der tschechischen Wirtschaft sind einige Beiträge in diesem Heft um so

interessanter. Im Artikel von Cox et al. geht es um Probleme bei der Privatisierung der bulgarischen Wirtschaft. Henley und Assaf befassen sich mit Fragen der Investitionspolitik in einigen Ländern der asiatischen Region der ehemaligen Sowjetunion. Es ist zweifellos interessant – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Tschechischen Republik – zu beobachten, wie in anderen Ländern und Regionen mit diesen Problemen umgegangen wird.

Radim Vlcek / Ivan Novy